

## Moldau: Schwere Menschenrechtsverletzungen nach Protest gegen Wahlbetrug

Nach den Parlamentswahlen vom 5.4.2009 liefen zunächst hunderte und dann tausende vorwiegend junge Moldauer auf dem Hauptstadtboulevard zusammen. Die Proteste eskalierten anlässlich der offenkundigen Differenz in der Stimmzählung der voran gegangenen Wahlen: während die offizielle Auszählung gut 49 % für die seit acht Jahren regierenden Kommunisten nannten, waren in unabhängigen Umfragen (sog. exit polls) an den Kabinen nur 43 % gezählt worden.

Die überwiegend studentischen und zunächst friedlichen Demonstranten erinnerten an jahrzehntelange Geschichtsklitterung und postsowjetische Praktiken der moldauischen Nomenklatur. Größtes moralisches Ärgernis ist die Verleugnung der gemeinsamen rumänischen Geschichte und Kultur. Die Demo vor dem Parlamentsgebäude konnte von den Sicherheitskräften trotz Wasserwerfer und Barrieren nur unzureichend kontrolliert werden, einige hundert Demonstranten besetzten das Parlament, trugen das Mobiliar auf die Straße und legten Feuer. Unabhängige Quellen bezeugen, dass die Störer V-Leute moldauischer Sicherheitskräfte waren.



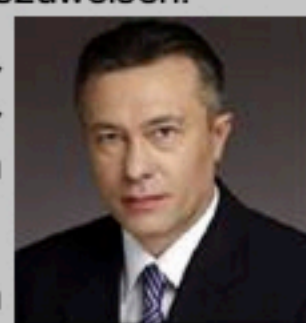
In der Folge nahmen Sicherheitskräfte bis zu eintausend Demonstranten willkürlich fest und verbrachten sie in Gefängnisse im ganzen Land. Dutzende individuelle Misshandlungen wurden umfassend dokumentiert, zwei Menschen kamen durch Polizeieinwirkung nachweislich ums Leben, glaubwürdige Unabhängige sprechen von zehn Opfern der Mißhandlung. Nach Angaben der Stadtverwaltung von Chisinau werden die inhaftierten Jugendlichen tagelang ohne Lebensmittel festgehalten und schwer misshandelt. Mehr als zehn Menschen wurden gemäß unabhängiger rumänischer Quellen durch die behördliche Willkür getötet. Diese Berichte stehen im Kontrast zu abwiegelnden deutschen und europäischen Wahlbeobachtern, die die Wahlen als weitgehend fair verteidigen und die Ausschreitungen kritisieren (vgl. Foto: Interview mit MdB Manfred Grund, CDU, gegenüber der Deutschen Welle; alle anderen Infos gehen auf eigene Quellen zurück).

Für aktuelle Infos über die tatsächliche Lage in Chisinau kontaktieren Sie bitte [fippl@spellekenassociates.de](mailto:fippl@spellekenassociates.de)

## Rumänien: Reaktionen auf Moldaukrise und Fürsprache in Brüssel

Der rumänische Außenminister Diaconescu (Foto) hat rumänische Staatsbürger vor Reisen in die Republik Moldau gewarnt. Die Lage im Nachbarstaat ergäbe „ernsthafte Probleme für die Sicherheit der rumänischen Staatsbürger.“ Die regelrechte Jagd auf rumänische Journalisten wurde scharf kritisiert, ebenso auch die „absurde Geste“, den rumänischen Botschafter Filip Teodorescu auszuweisen.

Einerseits setzte sich Rumänien bei der EU-Kommission in Brüssel erfolgreich für eine direkte Einwirkung auf die moldauische Regierung und Teilnahme an der Neuauszählung der Stimmen ein. Dies sichert das Interesse der gesamten EU an dem vernachlässigten Land.



Andererseits sucht die rumänische Regierung eine Lösung im Herüberziehen moldauischer Bürger in das westliche Bruderland. Demnächst soll ein moldauischer Bürger innerhalb von nur zwei Monaten die rumänische Staatsbürgerschaft erhalten können. Bei der rumänischen Botschaft in Chisinau sind derzeit 650.000 Familienanträge registriert. Bis zu zwei Millionen neue Anträge werden in den nächsten Jahren erwartet. Rumänien wird auch die Bildung einer europäischen Untersuchungskommission fordern, die die Gewalttätigkeiten und die Verstöße gegen die Menschenrechte und die Pressefreiheit in der Republik Moldau überprüfen soll.

## Türkei: Außenwirtschaftliche Anpassung an makroökonomische Stagnation

Als Reaktion auf die Krise ist die Außenhandelsbilanz der Türkei jetzt fast ausgeglichen: Die Importe waren im Januar auf Monatsbasis von 11,7 Mrd. € auf rund 6,5 Mrd. € gesunken. Im selben Zeitraum wurden Exporte von rund 6,3 Mrd. € getätigt, so dass die Außenhandelsbilanz sich nahezu ausgeglichen darstellt. Dies führte dazu, dass das Leistungsbilanzdefizit von ca. 31 Mrd. € im Dezember auf gut 27 Mrd. € im Januar zurückging und den niedrigsten Stand seit einem Jahr erreichte.

Einige der wenigen Sektoren mit guten Nachrichten sind die Exporteure von Frischobst, Frischgemüse und Zitrusfrüchten. Nach Angaben ihres Verbandsvorsitzenden haben die Exporte im Januar und Februar mengenmäßig um 47 %, wertmäßig um 29 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zugelegt. Damit liegt die Branche auf Kurs für ihr diesjähriges Exportziel von 1,5 Mrd. €. Lediglich bürokratische Auflagen und laufende Wechselkurs-schwankungen bereiten den Obst- und Gemüseexporteuren Sorgen.



Einer der wichtigsten Wirtschaftsstandorte der Türkei ist Bursa. Die etwa 100 km südlich von Istanbul gelegene historische Hauptstadt hat sich in den letzten Jahrzehnten zum Zentrum der türkischen Fahrzeug-, Maschinenbau- und Textilindustrie entwickelt. Heute ist sie mit rund 1,5 Mio. Einwohnern viertgrößte Stadt des Landes. Jetzt läuft sie durch die Krise Gefahr, zur Stadt der Arbeitslosen zu werden. Letztes Jahr verloren hier knapp 57.000 Menschen ihren Arbeitsplatz, in den ersten beiden Monaten 2009 waren es schon fast 14.000. Hunderte von Betrieben haben außerdem Kurzarbeit für insgesamt über 35.000 Arbeitnehmer angemeldet.

Nachrichten über die Türkei und die Möglichkeit zum Aufbau von Produktion oder Vertrieb im Land liefert der neue Partner von Spelleken Assoc. in Istanbul. Das Unternehmen FMU Consulting weist Erfahrung auf in den zentralen Branchen der Automobilzulieferung, der Bautechnik sowie der Ernährungsindustrie.

## Ukraine: Bald wieder Visa? Präsidentialamt droht EU

Brauchen EU-Bürger bald wieder ein Visum für Reisen in die Ukraine? Signale werden gesendet, die eigentlich gar nicht in die politische Großwetterlage zwischen Kiew und Brüssel passen. Bereits mehrmals verlautete aus Viktor Juschtschenkos Sekretariat, EU-Bürger könnten bald wieder ein Visum für die Einreise in die Ukraine benötigen. Verlieren würde dann aber nur die Ukraine, so Kritiker der Pläne. Seit 2005 reisen EU-Bürger visafrei in die Ukraine. Davon sollte der Tourismus profitieren, aber auch die ukrainischen Staatsbürger. Denn für sie hoffte Kiew im Gegenzug ebenfalls auf Erleichterungen bei den Visa-Bestimmungen.



Wer aber profitiert von der Visafreiheit? Auch des Visazwangs für EU-Bürger zugute: Denn die Einnahmen, die der Tourismus dem Staatshaushalt jedes Jahr bescherte, stiegen um das Zehnfache, berichtet der ehemalige Außenminister des Landes, Boris Tarasjuk. Er bekleidet heute das Amt des Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Integration des Obersten Rates der Ukraine. Umgekehrt haben sich laut Vize-Außenminister Kostjantyn Jelisejew die Absagen von Visaanträgen ukrainischer Staatsbürger deutlich verringert und zwar um die Hälfte auf rund fünf bis sechs Prozent. Problematisch blieben jedoch weiterhin die Anforderungen der EU und die Bedingungen, unter denen die Visa ausgegeben würden. Eine völlige Abschaffung des Visazwangs für Ukrainer scheint aber nicht geplant, im Gespräch sei lediglich eine Lockerung der Bestimmungen, hieß es jüngst in Kiew.